

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: WB Welt im Blick

- 1 In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In Europa
erleben
- 2 wir dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine sehr lange Phase des
3 friedlichen Zusammenlebens, solange wie nie zuvor. Auch weltweit wurden Grenzen geöffnet,
4 Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer
5 mehr Menschen leben in Freiheit und Demokratie. Immer weniger Menschen leben in extremer
6 Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass
7 die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. Wir
8 haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da
9 ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie
10 gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen. Auch die
11 Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu
12 erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit.
- 13 Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der syrische
14 Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt,
15 in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der
- 16 menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im
17 Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch
18 Europa und den Rest der Welt. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre
19 Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, Hunger
und
- 20 wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende
21 weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um Wasser und Rohstoffe erhöhen die
Spannungen
- 22 in vielen Regionen der Welt. Wirtschaftlicher Prosperität und neuem Wohlstand stehen
23 Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber.
- 24 Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer
25 Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der
EU,
- 26 wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.
27 Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst
28 überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch auch die
29 Präsidentschaft von Donald Trump in den USA stellt den Bezugsrahmen für die Politik des
30 vereinigten Deutschlands seit 1990 grundlegend in Frage. Pläne für nationalistische
31 Abschottung und Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer
32 Konvention in Bezug auf das Hilfsgebot für Flüchtlinge und auf das Verbot von Folter
33 untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen für

globales

34 Engagement und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

35 Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden Dekaden des 21.

36 Jahrhundert politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig und sozial gerecht zu
37 gestalten. Die Weltgemeinschaft muss Verantwortung für die globalen Entwicklungschancen
und

38 die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Das können wir
erreichen,

39 wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und unser
40 Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um Zusammenarbeit statt
41 Nationalismus. Wir Grünen glauben fest an die Notwendigkeit und den Vorteil multilateraler
42 Kooperation. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am besten erreichen, wenn wir weiter
43 international zusammenarbeiten und die gemeinsame europäische Demokratie stärken.

44 Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. So wollen wir
45 endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung
46 zur Verfügung stellen und damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu
47 exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen
48 zu lösen oder – besser noch – sie zu verhindern. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und
Armut

49 darf nicht nur eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach
50 Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung
51 muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität
52 anpassen muss.

53 Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer
54 Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr dazu beiträgt,
55 Europa zu einen und zu stärken. Die Europäische Union ist bis heute das beste Beispiel, wie
56 supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und
sie

57 macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine bessere Welt ist möglich.